

Die Geschlechter- und Familienpolitik der Piratenpartei

Stand: Mai 2013

Lena Rohrbach – @arte_povera

Andreas Pittrich – @rhotep

20. Mai 2013

- Forderung aus dem Grundsatz- oder Wahlprogramm sind in Schwarz gesetzt,
- Forderungen, die bisher nur im Liquid angenommen wurden, in grau.

Geschlechter- und Familienpolitik

Die Piratenpartei steht für ...

- eine zeitgemäße, gerechte und soziale Familienpolitik,

Geschlechter- und Familienpolitik

Die Piratenpartei steht für ...

- eine zeitgemäße, gerechte und soziale Familienpolitik,
- freie Selbstbestimmung,

Geschlechter- und Familienpolitik

Die Piratenpartei steht für ...

- eine zeitgemäße, gerechte und soziale Familienpolitik,
- freie Selbstbestimmung,
- dass Politik der existierenden Vielfalt gerecht wird,

Geschlechter- und Familienpolitik

Die Piratenpartei steht für ...

- eine zeitgemäße, gerechte und soziale Familienpolitik,
- freie Selbstbestimmung,
- dass Politik der existierenden Vielfalt gerecht wird,
- die einseitige Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle überwinden

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

- "'Die Piraten setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft.'" (GP)

VS

- "'Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass der Begriff "Ehe" durch die "eingetragene Lebenspartnerschaft" ersetzt wird. Die auf der Ehe basierenden Rechten und Pflichten sind auf die "eingetragene Lebenspartnerschaft" zu übernehmen.'" (WP)

- Eingetr. Partnerschaft öffnen "für alle": Unabhängig von Geschlecht und Anzahl (z.B.: Poly, WGs, Geschwister, Kommunen, Klöster). (GP & WP)

- Eingetr. Partnerschaft öffnen "für alle": Unabhängig von Geschlecht und Anzahl (z.B.: Poly, WGs, Geschwister, Kommunen, Klöster). (GP & WP)
- Eingetr. Partnerschaft umwandeln: Angelehnt an das französische PACS-Modell als ziviler Solidarpakt gestalten (flexiblere Übertragung von Rechten, vereinfachte und kostengünstigere Auflösungsverfahren, Verlagerung des Vertragsschlusses von der staatlichen auf eine notarielle Ebene erlauben.) (GP)

- Eingetr. Partnerschaft öffnen "für alle": Unabhängig von Geschlecht und Anzahl (z.B.: Poly, WGs, Geschwister, Kommunen, Klöster). (GP & WP)
- Eingetr. Partnerschaft umwandeln: Angelehnt an das französische PACS-Modell als ziviler Solidarpakt gestalten (flexiblere Übertragung von Rechten, vereinfachte und kostengünstigere Auflösungsverfahren, Verlagerung des Vertragsschlusses von der staatlichen auf eine notarielle Ebene erlauben.) (GP)
- Die Ehe soll für gleichgeschlechtliche Partnerschaften geöffnet werden. (LQFB & SV)

Familie

Die Piratenpartei steht für ...

- gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen,

Familie

Die Piratenpartei steht für ...

- gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen,
- besonderen Support da, wo Kinder sind und gepflegt wird,

Familie

Die Piratenpartei steht für ...

- gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen,
- besonderen Support da, wo Kinder sind und gepflegt wird,
- den Abbau von geschlechtlichen Rollenzuschreibungen und gesellschaftlichen Erwartungshaltungen

- Familie auch außerhalb des klassischen Familienbilds (GP & WP), z.B.:

- Familie auch außerhalb des klassischen Familienbilds (GP & WP), z.B.:
 - Kassenärztliche Unterstützung bei künstlicher Befruchtung, auch bei nicht verheirateten Paaren. (LQFB & SV)

- Familie auch außerhalb des klassischen Familienbilds (GP & WP), z.B.:
 - Kassenärztliche Unterstützung bei künstlicher Befruchtung, auch bei nicht verheirateten Paaren. (LQFB & SV)
 - Volles Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. (LQFB & SV)

- Familie auch außerhalb des klassischen Familienbilds (GP & WP), z.B.:
 - Kassenärztliche Unterstützung bei künstlicher Befruchtung, auch bei nicht verheirateten Paaren. (LQFB & SV)
 - Volles Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. (LQFB & SV)
- Im Alter kein Nachteil wg. Kindern. (Gibt: Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente; reicht nicht aus. Daher: Mindestrente als Vorstufe zum Bedingungslosen Grundeinkommen. (WP Grundeinkommen)

- Familie auch außerhalb des klassischen Familienbilds (GP & WP), z.B.:
 - Kassenärztliche Unterstützung bei künstlicher Befruchtung, auch bei nicht verheirateten Paaren. (LQFB & SV)
 - Volles Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. (LQFB & SV)
- Im Alter kein Nachteil wg. Kindern. (Gibt: Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente; reicht nicht aus. Daher: Mindestrente als Vorstufe zum Bedingungslosen Grundeinkommen. (WP Grundeinkommen)
- Betreuungsgeld abschaffen

- Ehegattensplitting abschaffen, stattdessen:
 - Individualbesteuerung (LQFB & SV) ,
 - steuerliche Vergünstigungen dort, wo Kinder sind und gepflegt wird (GP & WP).
 - Personenbezogener Grundfreibetrag für alle (WP Grundeinkommen).
- Bis zur Abschaffung auch für gleichgeschl. Lebensgemeinschaften.(LQFB & SV)

- **Kindergrundeinkommen (WP)** (alle hier lebenden Kinder, auch von Asylsuchenden (LQFB & SV)):
 - mind. Höhe des soziokulturellen Existenzminimums (aktuell lt. Bundestag: 536 €) (LQFB & SV),
 - zählt nicht als Einkommen.(LQFB & SV)
 - Soll Kindergeld und andere finanzielle Leistungen für Kinder und Jugendliche ersetzen. (LQFB & SV)

Argumente für Kindergrundeinkommen:

- Ziele (WP Grundeinkommen):
 - Familien unterstützen unabhängig von Familienmodell,
 - Kinderarmut bekämpfen (UNICEF: bei 8,8%, wachsend),
 - Teilhabe sichern,
 - mehr Chancengleichheit.
- Derzeit: ca. 400 Euro je Kind an direkten, monatlichen Transferleistungen für Familien.
- Aber: Unterschiedl. verteilt durch einkommensabhängige Verteilung. (Wahlprogramm)

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Piratenpartei steht für...

- Familien und Alleinerziehende sollen wählen können, welche Balance aus Arbeits- und Familienzeit für sie zu welchem Zeitpunkt die richtige ist.
- Echte Wahlfreiheit besteht erst, wenn längere berufliche Auszeiten oder Teilzeitarbeit unabhängig vom Geschlecht gesellschaftliche Normalität sind.

- Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Elternzeit zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.

- Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Elternzeit zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.
- Elterngeld darf bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe nicht als Einkommen angerechnet werden oder anders zu Kürzung der Leistungen führen.

- Kürzere Arbeitszeiten erleichtern es, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen. Dafür müssen hinreichend viele Arbeitsplätze eine Teilzeitarbeit oder eine "kurze Vollzeit" von 30 bis 35 Stunden pro Woche ermöglichen – auch in Branchen mit hohem Lohnniveau, in Führungspositionen und bei Ausbildungsplätzen. Der öffentliche Sektor und die Politik sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen. Verkürzte Arbeitszeit darf nicht mit fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten bestraft werden. Die Beschäftigten sollen bei der Ausgestaltung von Teilzeitarbeit und "kurzer Vollzeit" möglichst viele Mitspracherechte haben. (LQFB & SV)

- Die Piratenpartei setzt sich für den gesetzlichen Anspruch ein, von einer Teilzeitstelle zur Kindererziehung oder Pflege wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Sie macht sich für einen Wandel der Arbeitswelt stark: Weg von einer Kultur der ständigen Verfügbarkeit, hin zu kreativen Lösungen wie der zeitlichen und inhaltlichen Aufteilung von Arbeitsplätzen, flexiblen Vertretungslösungen und Arbeits- und Erreichbarkeitsregelungen, die keine ständige Präsenz am Arbeitsplatz verlangen. Nicht zuletzt muss das innovative Potenzial der Digitalen Revolution auch für familienfreundliche Arbeitsmodelle ausgeschöpft werden. (LQFB & SV)

- Bevorzugte Einstellung Alleinerziehender, wenn: Kinder noch nicht schulpflichtig, gleiche Qualifikation, Stellen in bundeseigenen öffentlichen Verwaltungen und Betrieben. Besonderer Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung. Die bereits existierenden Förderprogramme zur Einstellung Alleinerziehender lehnen wir ab. Sie stellen lediglich einen Mitnahmeeffekt dar.

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung

Die Piratenpartei respektiert und achtet die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab.

- Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Art. 3 Abs. 3 GG durch das Merkmal sexuelle Identität ergänzt wird. (LQFB SV)

- Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Art. 3 Abs. 3 GG durch das Merkmal sexuelle Identität ergänzt wird. (LQFB SV)
- Das Merkmal "Geschlecht" soll nicht länger durch staatliche Behörden erfasst werden. Übergangsweise kann die Erfassung seitens der Behörden durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen, wobei eine Selbsteinordnung auch jenseits von "männlich" und "weiblich" möglich sein muss.(GP)

- Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Art. 3 Abs. 3 GG durch das Merkmal sexuelle Identität ergänzt wird. (LQFB SV)
- Das Merkmal "Geschlecht" soll nicht länger durch staatliche Behörden erfasst werden. Übergangsweise kann die Erfassung seitens der Behörden durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen, wobei eine Selbsteinordnung auch jenseits von "männlich" und "weiblich" möglich sein muss. (GP)
- Einen Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen lehnen wir ab. (GP) Änderungen des eigenen Vornamens sollen unbürokratisch per Antrag möglich sein – unabhängig vom Geschlecht. LQFB SV)

- Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die Begriffe "Mutter" und "Vater" in familienrechtlichen Verwaltungsvorgängen nur dann zu verwenden, wenn der jeweilige Vorgang unabdingbar mit dem biologischen Geschlecht verknüpft ist. In allen anderen Verwaltungsvorgängen sollen geschlechtsneutrale Bezeichnung wie "Elternteil" verwendet werden. (LQFB & SV)

- Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die Begriffe "Mutter" und "Vater" in familienrechtlichen Verwaltungsvorgängen nur dann zu verwenden, wenn der jeweilige Vorgang unabdingbar mit dem biologischen Geschlecht verknüpft ist. In allen anderen Verwaltungsvorgängen sollen geschlechtsneutrale Bezeichnung wie "Elternteil" verwendet werden. (LQFB & SV)
- Wir treten ein für die Generalrehabilitierung und die vollständige Aufhebung der §175-Urteile von über 50.000 Schwulen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung nach 1945 vom Staat verfolgt worden sind. Es ist zu prüfen, ob den Opfern Schadensersatz gezahlt werden sollte und in welcher Höhe. (LQFB & SV)

Trans- und Intersexualität

Die Probleme und Bedürfnisse von trans- und intersexuellen Menschen verdienen mehr Anerkennung. Vorhandene Ignoranz – auch in Teilen der Fachwelt – führt zu Fehlbehandlungen mit teilweise fatalen Folgen für die Betroffenen. Dem stellt sich die Piratenpartei entgegen und schließt sich der Position der Betroffenenverbände an. (LQFB & SV))

- Geschlechtszuordnende und genitalkosmetische Operationen bei intersexuellen Kindern wollen wir verbieten, da sie ihre geschlechtliche Selbstbestimmung verletzen. Stattdessen ist abzuwarten, bis sich die Betroffenen selbst zu ihrer Geschlechtsidentität äußern können. (LQFB & SV)

- Transsexualität ist keine psychische Krankheit. Eine Erfassung von Transsexualität als Diagnose in Kategorisierungswerken für psychische Krankheiten (z.B. F64.0 und F64.2 im ICD10 bzw. 302.85 und 302.6 DSM IV) lehnen wir ab. (LQFB & SV))

- Wir setzen uns für eine selbstbestimmte und umfassende geschlechtsangleichende Behandlung von transsexuellen Menschen ein, die von den Krankenkassen vollständig übernommen wird. Die sekundären Geschlechtsmerkmale (Gesicht, Stimme, Brüste, etc.) sind dabei für das Sozialleben von besonderer Bedeutung. Jugendlichen Transsexuellen muss eine pubertätsstoppende Therapie ermöglicht werden, um die Geschlechtsmerkmale, die nicht dem Identitätsgeschlecht entsprechen, gar nicht erst entstehen zu lassen. Ansprüche auf professionelle Beratung und Unterstützung sollten daher im Rahmen des Kinder- und Jugendgesetzes verankert werden. All das gilt auch für intersexuelle Menschen, die sich einem bestimmten Geschlecht zugehörig fühlen. (LQFB & SV)

Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung

- ... egal ob von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite (GP)
- ... egal ob offiziell oder nicht offiziell (GP)
- nach Selbstauskunft, ohne Nachweis der Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung: Ist unmöglich und entwürdigend. ("Die Piratenpartei setzt sich für eine Entscheidungspraxis beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein...") (GP)

Freiheit und Selbstbestimmung über den eigenen Körper

- "Pille danach" rezeptfrei. (Keine Abtreibungspille, verhütet Schwangerschaften nach GV. Gut verträglich, aber sehr zeitkritisch. Entspricht WHO Empfehlung. Von CDU & FDP gerade abgelehnt.)

- Die Piratenpartei versteht Sexarbeit (Prostitution) als die freiwillige und selbstbestimmte Übereinkunft erwachsener Menschen, erotische Handlungen gegen ein vereinbartes Entgelt zu vollziehen. Solche Übereinkünfte sind mit den allgemeinen Menschenrechten und der Würde des Menschen vereinbar und nicht amoralisch oder sittenwidrig. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entscheidung mündiger Menschen zur Prostitution im Sinne des Rechts auf freie Berufswahl und des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung verstanden und nicht kriminalisiert oder stigmatisiert wird.

- Die Piratenpartei wird alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und die Rechte von Sexarbeitenden sicherzustellen. Wir arbeiten darauf hin, in den Gesetzestexten eine saubere Trennung zwischen legaler Sexarbeit und illegalem Menschenhandel, Ausbeutung der Arbeitskraft und sexueller Nötigung herbeizuführen.

- Abschaffung §173 StGB ("Beischlaf zwischen Verwandten"). (Wenig bekannte Forderung. Sehr gute Argumente dafür, sollte man vorsichtshalber kennen.) (Positionspapier; LQFB & SV)

- Abschaffung §173 StGB ("Beischlaf zwischen Verwandten"). (Wenig bekannte Forderung. Sehr gute Argumente dafür, sollte man vorsichtshalber kennen.) (Positionspapier; LQFB & SV)
- § 177 StGB (sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) anpassen. ("Nein heißt Nein"). Wir wollen es unter Strafe stellen, einen anderen Menschen gegen seinen geäußerten Willen dazu zu bringen, sexuelle Handlungen an sich zu dulden oder an anderen vorzunehmen. (LQFB & SV)

Gatekeeping

- "'postgender'" ist keine Position der Piratenpartei (nie gewesen). Der Begriff hat zudem keine klare Bedeutung.

Gatekeeping

- "'postgender'" ist keine Position der Piratenpartei (nie gewesen). Der Begriff hat zudem keine klare Bedeutung.
- Die Partei hat noch keine Position zur Frauenquote. (LQFB: Knappes Ja, "'als Brückentechnologie.'" Uneinheitliches Verhalten in existierenden Fraktionen. Aus existierenden Programmen lassen sich Pro- und Kontraargumente extrahieren.)

Gatekeeping

- "'postgender'" ist keine Position der Piratenpartei (nie gewesen). Der Begriff hat zudem keine klare Bedeutung.
- Die Partei hat noch keine Position zur Frauenquote. (LQFB: Knappes Ja, "'als Brückentechnologie.'" Uneinheitliches Verhalten in existierenden Fraktionen. Aus existierenden Programmen lassen sich Pro- und Kontraargumente extrahieren.)
- Die Partei hat noch keine Position zur Frage des Sorgerechts unverheirateter Väter.

Gatekeeping

- "'postgender'" ist keine Position der Piratenpartei (nie gewesen). Der Begriff hat zudem keine klare Bedeutung.
- Die Partei hat noch keine Position zur Frauenquote. (LQFB: Knappes Ja, "'als Brückentechnologie.'" Uneinheitliches Verhalten in existierenden Fraktionen. Aus existierenden Programmen lassen sich Pro- und Kontraargumente extrahieren.)
- Die Partei hat noch keine Position zur Frage des Sorgerechts unverheirateter Väter.
- Es gibt viele verschiedene Feminismen.

Gatekeeping

- "'postgender'" ist keine Position der Piratenpartei (nie gewesen). Der Begriff hat zudem keine klare Bedeutung.
- Die Partei hat noch keine Position zur Frauenquote. (LQFB: Knappes Ja, "'als Brückentechnologie.'" Uneinheitliches Verhalten in existierenden Fraktionen. Aus existierenden Programmen lassen sich Pro- und Kontraargumente extrahieren.)
- Die Partei hat noch keine Position zur Frage des Sorgerechts unverheirateter Väter.
- Es gibt viele verschiedene Feminismen.
- Im Bereich Queer, Inter* und Trans* gibt es viele Fettnäpfchen, in die selbst "'Profis"' tappen. Hier gibt es gute Glossare und Tips:

<http://www.transinterqueer.org/unsere-publikationen/>